



KRISE IN PAKISTAN

Bombenanschläge, ethnische Auseinandersetzungen, vor allem in Karachi, und Uneinigkeit unter den großen politischen Parteien prägen das gegenwärtige Bild Pakistans. Im August ist ein weiterer Versuch zu einer "breiteren Allianz politischer Parteien" zu kommen an zwei Parteien gescheitert (siehe Kasten). Dadurch wird die vom Militär unterstützte Regierung weiter gestärkt. Die Ursachen der politischen Uneinigkeit gegenüber einer starken Armee liegen weit zurück. Imtiaz Gul versucht in seinem Artikel die Hintergründe für die Misere aufzuzeigen.

Befindet sich Pakistan in einer schwerwiegenden Krise?

"Während der letzten Jahrzehnte ist es mit uns bergab gegangen. Was wir heutzutage erfahren, ist die Korruption des Denkens, das Schwinden der Integrität und vor allem unsere Unfähigkeit, uns neuen Herausforderungen zu stellen. Das Land befindet sich in einer gravierenden Krise. Menschen, die in der Lage gewesen wären, Widerstand zu leisten, wagten es nicht zu tun; diejenigen, die sich trauten, waren vergleichsweise 'kleine Fische', die von den regierenden Haifischen leicht verschlungen wurden." Dieses resignierende Fazit der gesellschaftlichen Lage Pakistans zog Zamir Niazi, ein erfahrener Journalist in seinem Buch "The Press In Chains". Obwohl sich das Buch mit Problemen der Presse befasst, gilt seine Schlußfolgerung für alle Lebensbereiche Pakistans. Dazu auch der Vorsitzende des 'All Pakistan Newspapers Employees Council', Minhaj Burna: "Die Ursachen der Gleichgültigkeit in der Bevölkerung gegenüber den politisch-wirtschaftlichen Problemen des Landes sind vielfältig. Die langjährige Militärherrschaft und die dadurch fehlende Tradition eines demokratischen Prozesses spielten dabei die entscheidende Rolle." (Aus dem Interview vom 17.2.1987)

Die meisten politischen Parteien Pakistans sind sich darin einig, daß die gegenwärtige politische Struktur des Landes verändert werden muß; ihnen fehlt aber die Unterstützung durch die Bevölkerung, um diese Veränderungen durchzuführen. Gleich nach dem Putsch im Jahr 1977 hatte die von General Ziaul Haq eingesetzte Regierung (die im Februar 1985 durch eine sogenannte Zivilregierung ersetzt wurde) begonnen, politische Gruppen aufzulösen und zu zersplittern, regionale politische Kräfte zu unterstützen und die Position des Militärs zu stärken, um so gemeinsame Aktionen gegen die Militärregierung zu verhindern. Diese Politik erwies sich als fruchtbar. Obwohl Parteien wie die "Pakistan Peoples Party" oder die "Awami National Party" beim Volk immer noch beliebt sind, sind sie nicht in der Lage, das Volk gegen die von General Zia geführte Zivilregierung zu mobilisieren. Die regionalen Bewegungen wie Jiye Sind, Muhajir Quami Movement oder Sindhi-Balutsch-Paschtoon-Front sind dagegen sehr viel stärker geworden, was aber insgesamt zu einer Aufsplitterung und damit zu einer Schwächung der politischen Kräfte

geführt hat. Heute wünschen sich zwar viele Bürger Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen System, aber sie engagieren sich nicht dafür.

Geschichtlicher Überblick bis 1977

Nachdem die Moslems in den indischen Subkontinent eingedrungen waren, (ab dem 9. Jahrhundert) beherrschten sie jahrhundertelang die überwältigende Mehrheit der Hindus, sowie die Angehörigen anderer religiöser und ethnischer Gruppen. Als im 17. Jahrhundert die ersten Engländer den indischen Subkontinent erreichten, ging die Macht allmählich an sie über. Mit ihrem Prinzip des "Teile und Herrsche" hatten sie Erfolg bei der Spaltung der einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam es zum Zusammenschluß von Hindus und Moslems, um die Forderung nach Autonomie vom britischen Joch durchzusetzen. Der gemeinsame Kampf der beiden Religionsgemeinschaften dauerte allerdings nicht lange, weil die Moslems befürchteten, daß unterschiedliche Religionen, Sitten und Gebräuche zu keiner dauerhaften Einigkeit führen würden und sie im Falle des Rückzugs der Engländer von der großen Mehrheit der Hindus unterdrückt werden könnten. Die Ängste fanden ihren Ausdruck in der "Pakistan Resolution" von 1940, in der ein eigener islamischer Staat gefordert wurde. Er sollte aus den Gebieten mit moslemischer Mehrheit bestehen, nämlich aus Punjab, Sind, Balutschistan, North West Frontier Province und Ostbengalen. Aufgrund dieser Resolution strebten die indischen Moslems unter der umstrittenen Führung von Mohammed Ali Jinnah nach Unabhängigkeit, zu der es dann 1947 kam. Aber die erbrachten Opfer dafür waren gewaltig: Millionen von Moslems und Hindus verloren ihr Leben, für den neuen Staat verließen hunderttausende von Moslems ihre Heimat und emigrierten nach Pakistan. Aber schon kurz nach der Gründung Pakistans kamen erste Probleme auf. Dr. Afzal Garbal, ehemaliger Diplomat und Autor vieler Bücher schrieb in einem Zeitungsartikel dazu: "Der Gründer Pakistans (Jinnah) starb ein Jahr nach der Unabhängigkeit; seine Nachfolger hatten weder seine Integrität noch seine Autorität, um die Massen anführen zu können. Intrigen und Cliquenwirtschaft schlichen sich bei den Machthabern ein... Die erste Nationalversammlung war nicht repräsentativ und

erwies sich darüber hinaus als unfähig, die notwendigen Aufgaben zu erfüllen. 1953 wurde sie von dem Bürokraten Iskander Mirza aufgelöst, der 1956 als General-Gouverneur dem Land die erste Verfassung aufzwang. Seine Politik war von Intrigen, Betrug und Korruption gekennzeichnet. Seitdem kam es zu einer Machtpolitik, die sich verstärkt auf Bürokraten und das Militär stützte. Das Volk konnte nur zuschauen." (Dawn-Forum, Karachi, vom 22.5.87)

1958 löste General Ayub Khan den General-Gouverneur Mirza ab und regierte zehn Jahre lang unter dem Militärrecht. In dieser Zeit erließ er eine neue Verfassung. Die 1964 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen hätte er vermutlich verloren, wenn nicht die Urnen mit gefälschten Wahlzetteln gefüllt worden wären. Mit Unterstützung namhafter Intellektueller und Beamter wurden die Grundrechte der Bürger eingeschränkt und die Presse unterdrückt. Nach heftigen Protesten und Demonstrationen, die von Zulfikar Ali Bhuttos neugegründeter Peoples Party und anderen Parteien initiiert wurden, mußte Ayub Khan, der sich inzwischen selbst zum Feldmarschall ernannt hatte, 1969 die Regierungsverantwortung General Yahya Khan übergeben. Der ließ zwar 1970 die ersten fairen Parlamentswahlen abhalten, beugte sich aber nicht deren Ausgang. In Ostpakistan (Ostbengalen) sicherte sich die Awami League von Scheikh Mujibur Rehman die Mehrheit und damit auch die Mehrheit im Nationalen Parlament, weil die Bengalis fast 60% der Gesamtbevölkerung stellten. Die Militärregierung und einige Politiker in Westpakistan verweigerten den



Zulfikar Ali Bhutto

Bengalis jedoch das Recht, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Der daraus resultierende Streit weitete sich zu einem militärischen Konflikt aus und endete im Dezember 1971 (nach indischem Eingriff) mit der militärischen Niederlage der Regierungstruppen in Ostbengalen und mit der Teilung Pakistans.

General Yahya Khan trat nach der Teilung im Dezember 1971 zurück und überließ sein Amt als "Martial Law Administrator" dem Vorsitzenden der Peoples Party, Zulfikar Ali Bhutto. Besonders die Armen erhofften sich dadurch eine Verbesserung ihrer Lage, da Bhutto sich mit seinen progressiven Reden besonders an diese Bevölkerungsschichten gewandt hatte. Tatsächlich wurden viele Industriebetriebe verstaatlicht, eine längst überfällige Landreform wurde initiiert. Aber auch während der Regierungszeit von Bhutto gab es Korruption und Verstöße gegen bestehende Gesetze. Wie die meisten Regierungsvertreter, die zum Schutz ihrer eigenen Interessen immer wieder die Durchführung von Reformen verhinderten, war auch Bhutto ein Großgrundbesitzer. Außerdem war auch er auf die Unterstützung der Militärs und der Bürokraten angewiesen, was seine Position schwächte und ihn vom Volk entfernte. Die Opposition nahm stetig zu was sich im Wahlkampf 1977 zeigte. Sie setzte sich aus neun verschiedenen Parteien zusammen und vereinigte viele Personen, die ehemals die Partei Bhuttos ("Pakistan People's Party) unterstützt hatten. Ziel der Opposition war die Schaffung einer "islamischen Gesellschaft". Auch die Wahlen von 1977 wurden von der Regierung manipuliert, was in einer Welle von Demonstrationen resultierte. Als die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition über die nach der Wahl entstandene Situation fast abgeschlossen waren, riß General Ziaul Haq die Macht durch einen Militärputsch an sich.

1977 - ein Ära der Entpolitisierung beginnt

Mit dem Putsch im Juli 1977 begann in Pakistan eine Schreckensherrschaft: bis zum Anfang der achtziger Jahre wurden politische Gegner und mutmaßliche Verräte ohne Gerichtsverfahren inhaftiert, Parteidienstfunktionäre ausgepeitscht, und regimekritische Intellektuelle und Journalisten an der Ausübung ihres Berufes gehindert. So wurden z.B. am 13. Mai 1978 vier Journalisten ausgepeitscht, weil sie durch 'falsche Berichterstattung' die Integrität des Landes gefährdet hätten. (siehe: The Press In Chains, Niazi, Zamir). Die Armee, deren eigentliche Aufgabe der Schutz der Staatsgrenzen sein sollte, machte das eigene Land zum Kampffeld, indem sie willkürlich gegen sogenannte Kriminelle und 'unreine Elemente' der Gesellschaft vorging.

Bhutto wurde angeklagt, angeblich an der Ermordung des Vaters eines politischen Gegners beteiligt gewesen zu sein. Er wurde dafür im April 1979 hingerichtet. Dabei handelte es sich um eine politische Entscheidung; da im Prozess 3 von 7 Richtern des Obersten Gerichts (Supreme Court) für einen Freispruch Bhuttos plädierten.

Die "Pakistan Peoples Party" war seit dem Putsch faktisch zerstört und desorganisiert; die Bevölkerung nach den Auseinandersetzungen und Streitereien während der Regierungszeit Bhuttos und aufgrund der Wahlmanipulation, die man der Bhutto-Partei vorwarf,

so enttäuscht, daß gegen seine Hinrichtung kaum nennenswerter Widerstand aufkam. Dies war seinerzeit der entscheidende Schlag gegen die demokratischen Kräfte Pakistans. Danach setzte ein gewolter Entpolitisierungsprozeß ein, der von der Bourgeoisie und vor allem von denjenigen unterstützt und gefördert wurde, die seinerzeit gegen die Verstaatlichung der Industriebetriebe durch die Regierung Bhuttos waren. Jede Form politischer Betätigung war mit Risiken verbunden und wurde nicht selten verfolgt und bestraft. Die Folgen dieser Politik fasste Agha Saeed so zusammen: "Der fast völlige Rückzug vieler Arbeiterführer, Politiker, Studenten, Händler und anderer Schichten der Mittel- und unteren Mittelschicht aus der Politik war die Konsequenz aus dem Verbot politischer Parteien und Institutionen. Die, die sich nicht daran hielten, wurden ausgepeitscht oder streng bestraft. Gleichzeitig wurde über staatliche Medien eine apolitische aber zugleich religiöse Kampagne geführt." (Pakistan Progressive, Vol 8 No 1 1986, USA)

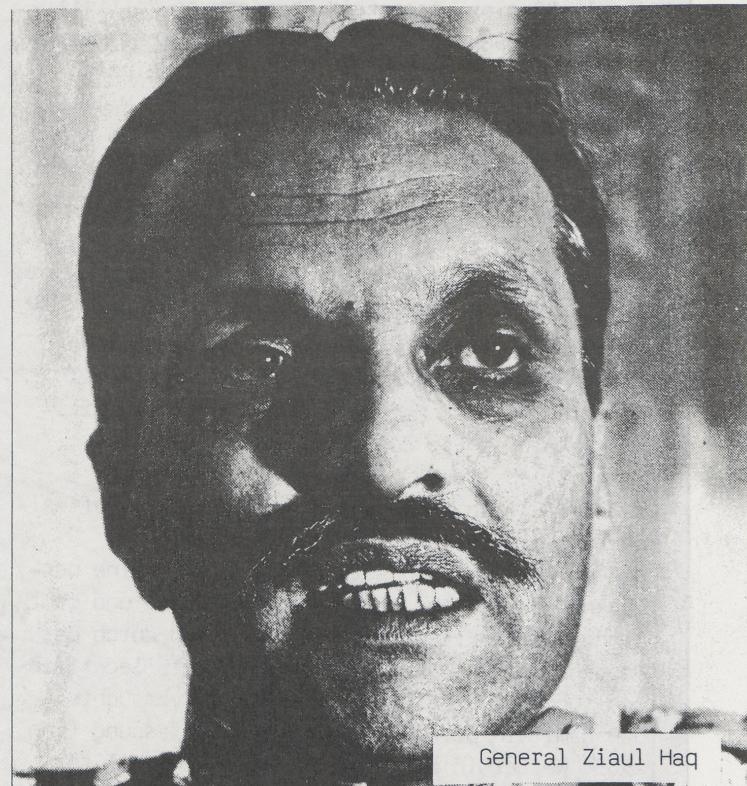
Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie

1983 schlossen sich alle führenden Parteien, darunter die "Pakistan Peoples Party", die "National Democratic Party" und "Terhike Istaqlal" in der 'Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie' (Movement for restoration of democracy, MRD) zusammen und veranstalteten Protestaktionen und Demonstrationen im ganzen Land, die von Polizei und Militär gewaltsam unterdrückt wurden. Innerhalb kurzer Zeit wurden die meisten Führer unter Hausarrest gestellt oder verhaftet, sodaß die Bewegung schon bald ihre demonstrative Kraft verlor. Nur in der Südprovinz Sind, der Heimat des ermordeten Premiers Bhutto, hielt die Protestwelle länger an. Der wichtigste Grund für das vorläufige Scheitern der MRD war die mangelnde Beteiligung der politischen Kräfte des Punjab, der größten Provinz, in der fast 65% der Bevölkerung leben. Dort wurden die Protestaktionen nur kurz und in begrenztem Ausmaß unterstützt, was für die MRD einem Rückschlag gleichkam, da die Situation im Punjab die politische Landschaft Pakistans von Anfang an mitgeprägt hat und Veränderungen ohne eine Beteiligung des Punjab nicht denkbar sind. Die Zurückhaltung innerhalb der Bevölkerung des Punjab führte zu Mißtrauen und Skepsis in den übrigen Provinzen des Landes, besonders in Sind, der North West Frontier Province (NWFP) und in Balutschistan. Man nahm an, die relativ wohlhabenden Punjabis wollten sich nicht am politischen Kampf beteiligen. Genährt wurden derartige Vermutungen durch die Tatsache, daß über 80% der Sicherheitskräfte und des Beamtenstums aus dem Punjab stammen, daß auch die vier Richter des Obersten Gerichts, die sich für eine Hinrichtung Bhuttos aussprachen, Punjabis waren, so daß viele Menschen das Urteil gegen Bhutto noch nachträglich als einen Entscheid der Punjabis gegen Sindhis interpretierten. Aber, so warnt Dr. Afzal Iqbal, man dürfe die Interessen der Landaristokratie (landed aristocracy) nicht mit den

Interessen der unterdrückten Mehrheit der Punjabis gleichsetzen. Großgrundbesitzer hätten immer noch großen Einfluß auf die Feldarbeiter und Bauern (fast 52% der Arbeitskräfte sind in der Agrarwirtschaft beschäftigt), würden aber selbst ihre Loyalität wechseln und sich meist hinter die jeweilige Regierung stellen.

Referendum im Dezember 1984

General Ziaul Haq ließ am 19. Dezember 1984 ein Referendum abhalten, bei dem das Volk entscheiden sollte, ob es die Islamisierung der Gesellschaft befürworte. Verbunden mit einem solchen Votum wäre dann auch die Wahl von General Zia zum Präsidenten für die nächsten Fünf Jahre. Dazu schrieb der Jurist und Rechtsanwalt Dr. Yusuf: "Beim Referendum kam es zu einer Verbindung zwischen dem Entscheid für die Person General Zias und einem



General Ziaul Haq

Votum für oder gegen die Islamisierung der Gesellschaft. Ein negatives Ergebnis hätte nicht nur den Präsidenten getroffen sondern auch bedeutet, daß der Islam in Frage gestellt worden wäre." (aus: "The Jang", Rawalpindi, 13.12.1984) Die Mehrheit der Wähler blieb der Abstimmung fern und die verbleibende Minderheit befürwortete die Islamisierung nicht, wie verschiedene Medien Ende Dezember 1984 berichteten. (Darunter "Jang" und "The Muslim"). Die Durchführung der Volksabstimmung selbst gab zu Zweifeln Anlaß, da es erneut zu Manipulationen kam. Dazu Dr. A. Iqbal: "Die Wahlfälschungen während des Referendums übertrafen alles bisher Dagewesene. Die Wahlurnen wurden mit falschen Wahlscheinen gefüllt. Es war unglaublich. Obwohl die internationale Presse die Fälschungen aufdeckte, wurde das Land weiter von denjenigen regiert, die Pakistan in Fesseln hielten." Erneut wurde nicht dem Willen der Mehrheit des Volkes entsprochen. Die Machthaber

Konferenz der Oppositionsparteien

Zu einer "All-Parteien-Konferenz" (APC) versammelten sich am 16. August 1987 etwa 250 Delegierte in Lahore. Insgesamt waren 13 Parteien repräsentiert. Bereits im Vorfeld der Zusammenkunft hatten u.a. die "Tehrik-i-Istiqbal", "Jamiat-i-Ulema-i-Pakistan" und die "Parlamentarische Oppositionsgruppe" eine Teilnahme abgelehnt. Eine Abschlußerklärung wurde sowohl von der "Pakistan Peoples Party" (PPP) als auch von der "Awami National Party" (ANP) nicht unterschrieben. Beide Parteien zählen zu den Hauptkräften der "Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie" (MRD). So muß der Versuch, 1 1/2 Jahre nach der Aufhebung des Kriegsrechts, alle Parteien, die nicht offen mit der Militärregierung Zia-ul-Haqs kooperieren, an einen Tisch zu bekommen, als gescheitert angesehen werden. Nicht eingeladen waren lediglich die 1986 als "Regierungspartei" übernommene "offizielle" Muslim-League des Premierministers Moh. Khan Junejos und die "Jamiaat-e-Islami", die einzige Partei, die auch während der neunjährigen Militärregierung aktiv sein durfte und sich auch an den parteilosen Wahlen (1985) vor Aufhebung des Kriegsrechts beteiligte.

Das Scheitern lag allerdings nicht an der von der APC verabschiedeten Erklärung, die als durchaus charakteristisch dafür anzusehen ist, wie die Opposition in Pakistan die aktuelle innerpolitische Situation beurteilt. Auf die 10 Jahre zurückblickend, die seit der Machtübernahme durch den Militärdiktator Haq (5. Juli 1977) vergangen sind, wurde festgehalten:

- daß Zia-ul-Haq den Islam zu seiner Herrschaftssicherung mißbraucht;
- daß er seine Machtposition (und damit "eine permanente politische Rolle des Militärs") und sämtliche seiner Kriegsrechtsbestimmungen durch das "sogenannte Parlament" nachträglich zu legitimieren (und für straffrei zu erklären) versuchte;
- daß damit in der jetzt wirksamen Verfassung (von 1985) weiterhin die Grundlage für eine Militärdiktatur angelegt sind.

Als Resultat dieser autokratischen Herrschaft wird die heute bestehende innere Unsicherheit und Brutalisierung der Gesellschaft angesehen. Durch die Unterdrückung jeder politischen Betätigung und Diskussion seien im Land "kommunale, regionale, Stammes- und ethnische Differenzen gestärkt und separatistische Tendenzen laut geworden". Um eine weitere Escalation der sozialen Spannungen und der Gewalt zu verhindern, fordert die APC unverzüglich den Rücktritt Zia-ul-Haqs und die Auflösung der undemokratischen Staats- und Provinzregierungen. Eine nationale Übergangsregierung aus den am demokratischen Kampf beteiligten Parteien soll unter der Wiedereinsetzung der Verfassung von 1973 innerhalb von 4 Monaten demokratische Wahlen durchführen.

Die Absage verschiedener Parteien an die APC ist in erster Linie auf gegenseitiges Mißtrauen, persön-

lichen Zwist und insbesondere auf die Angst der "kleineren" Parteien vor einer Vereinnahmung durch die "Großen" und weniger auf Differenzen zu den in der Abschlußerklärung angesprochenen Punkten zu sehen. PPP und ANP begründeten ihren Dissenz mit der Behauptung, einige Teilnehmer wollten durch eine Institutionalisierung der APC das MRD-Bündnis zerbrechen. Insofern ist der Wert der APC in erster Linie darin zu sehen, daß sie ein Forum insbesondere für die kleineren Parteien zur Vorstellung ihrer Position bot, die Zusammenarbeit von sekularen und religiösen Parteien möglich war und verdeutlichte, daß die Analyse und Forderungen, die bisher primär von der MRD vertreten wurden, einen Konsens auf breiterer gesellschaftlicher Basis darstellten.

DEBT SERVICING



Schulddentilgung:
1977-78: 4 Milliarden Rupien
1987-88: 37 Milliarden Rupien
(1 DM = ca. 10 Rupien)

Fraglich bleibt jedoch, ob die Opposition im Hinblick auf das Abhalten von Wahlen, die Zurückdrängung des Einfluß des Militärs und auf freie Be-tätigung aller politischen Parteien ein Stück weit gekommen ist. Es zeigt sich erneut, daß sich die Opposition (wieder) in einer Phase der Orientierung befindet. Nach der Rückkehr Benazir Bhuttos fand von April bis August 1986 Politik auf der Straße statt. Ein Jahr später ist sie in den Saal zurückgekehrt.

Der Opposition fehlen weiter klare Aussagen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur wachsenden sozialen Ungleichheit auf dem Land und in der Stadt. Ihr fehlt eine klare Linie zu dem Verhältnis zu Pakistans Nachbarn (Afghanistan, Indien) und zu Pakistans größtem Geldgeber, den USA. Und ihr fehlt auch eine politische Strategie, sich tatsächlich an die Bevölkerung zu wenden, ihr Vorschläge zur Lösung der Probleme und zu Aktionen zu unterbreiten.

Während die Regierung weiterhin ohne breite Basis bleibt, ist die Opposition immer noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt.

Jörg Zimmermann

führten die undemokratischen Traditionen fort, um weiter an der Macht zu bleiben.

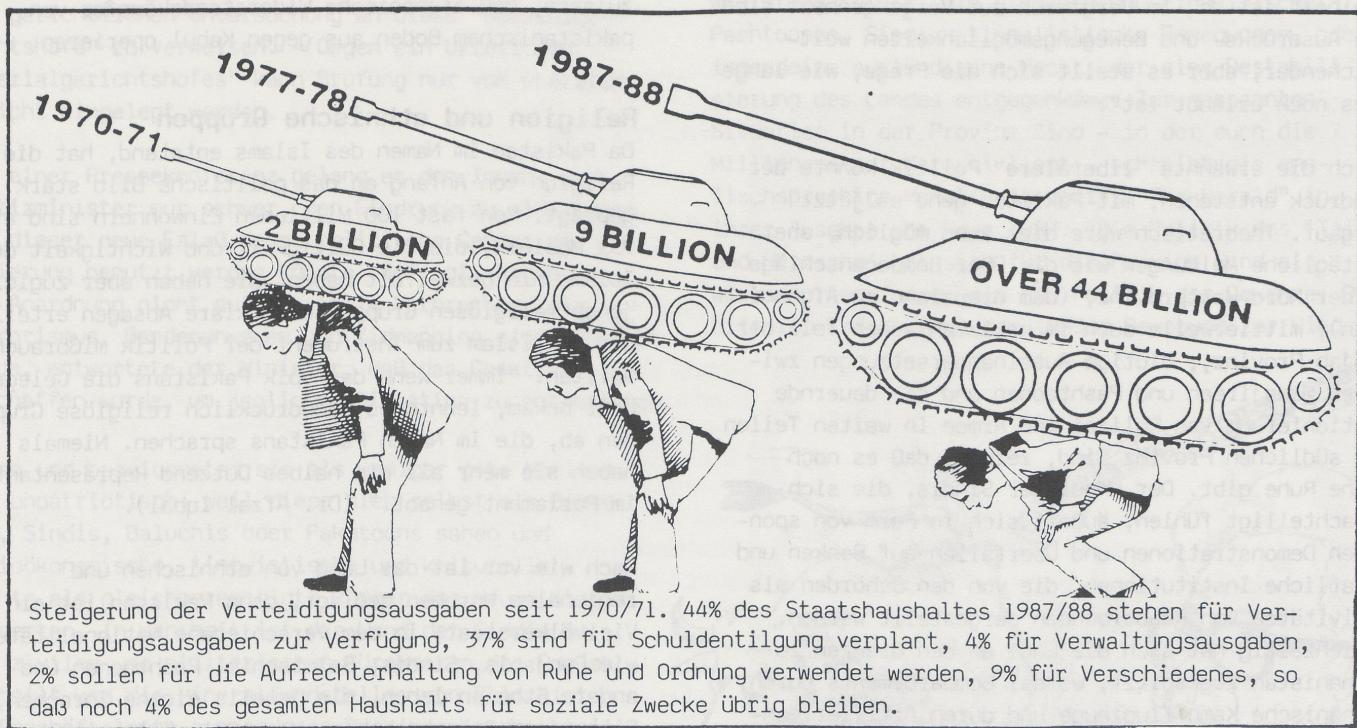
Parlamentswahlen ohne Parteien

Dem Referendum folgte im Februar 1985 die "Parlamentswahl ohne Parteien", zu der nur Personen kandidieren durften, die keiner Partei angehörten, (oder deren Parteizugehörigkeit nachlässigen Wahlbeamten nicht aufgefallen war) Die Wahlbeteiligung betrug laut offiziellen Angaben über 50%, was für die Oppositionsparteien einen Rückschlag darstellte, da sie zum allgemeinen Wahlboykott aufgerufen hatten. Für politische Beobachter war dieses Ergebnis aber nicht überraschend, denn die Regierung hatte schon 1979 begonnen, den Boden für Wahlen unter Ausschluß der politischen Parteien zu bereiten. Damals fanden nach langer Zeit wieder Kommunalwahlen statt, zu denen nur Einzelpersonen, nicht aber Parteien zugelassen waren. Trotzdem kandidierten zahlreiche Parteiangehörige oder Sympathisanten der Parteien, wovon einige - darunter auch Anhänger der "Pakisten Peoples Party" - die Mehrheit für sich gewinnen konnten. Als aber die Regierung feststellte, daß politisch aktive Menschen, sogenannte "unreine Elemente" den Weg in Kommunalvertretungen gefunden hatten, wurde die Wahl solcher Leute im Nachhinein für ungültig erklärt, da "parteipolitisch engagierte Leute an diesen Wahlen nicht teilnehmen durften".

Provinz- und Nationalversammlungen (1985), wobei jene Politiker, die als Berater oder Minister der Militärregierung fungierten, deutlich weniger Stimmen bekamen als diejenigen, die sich für die Interessen der Bevölkerung eingesetzt hatten. Nach der Wahl zur Nationalversammlung 1985 ernannte Präsident Zia-ul Haq Mohammad Khan Junejo (Dschunedscho) aus Sind zum Premierminister. Die meisten Abgeordneten, die trotz des Boykottauftrufs an dieser Wahl teilgenommen hatten und dadurch ihre Sympathie für die aufgezwungene politische Struktur gezeigt hatten, stimmten der Ernennung Junejos zu. Nur etwa vierzig Abgeordnete waren bereit, Oppositionsaufgaben zu übernehmen. Die übrigen 250 Parlamentarier - überwiegend Großgrundbesitzer, Industrielle und ihre Vertreter - schlossen sich einer wiederbelebten Partei, der "Pakistan Muslim League" an, die auch jetzt noch Regierungspartei ist.

Verfassungsänderung

Die 1973 von allen Parteien beschlossene Verfassung wurde 1985 so umgestaltet, daß alle wichtigen Rechte, die früher der Premierminister besaß, nun dem Präsidenten übertragen wurden. Ein ehemaliger Richter des Obersten Gerichts, Dorab Patel, bewertet bestimmte Artikel der Verfassung von 1985 als gefährlich, weil sie dem Präsidenten zuviel Macht einräumten. In seinem Beitrag für 'Dawn Forum'



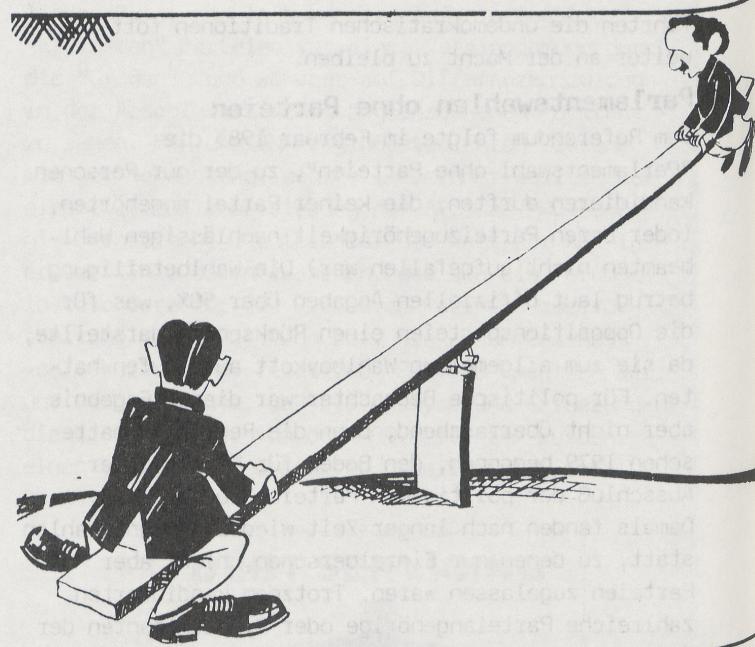
Jedoch haben die Bewohner des Landes vom Kommunal-system, auch wenn die Wahlen 1979 nicht wirklich frei waren, profitiert, denn ihre bescheidenen aber lebenswichtigen Probleme wie Wasser- und Stromversorgung wurden so zum Teil gelöst. Bei den folgenden Kommunalwahlen im Jahr 1983 wurden die Kandidaten, die sich tatsächlich um das Wohl ihrer Wähler gekümmert hatten, wiedergewählt. Viele der Kommunalvertreter kandidierten anschließend auch für die

(29.5.1987) heißt es u.a.: "Es scheint angebracht, den Artikel 234 der Verfassungen von 1973 und 1985 zu betrachten, denn die Anwendung bzw. der Mißbrauch dieses Artikels während der Geltungszeit der Verfassung von 1973 hat zu bitteren Gefühlen in den kleineren Provinzen geführt. Nach Artikel 234 hat der Präsident das Recht, die Regierungsgewalt über eine Provinz auszuüben, die Provinzregierung aufzulösen, sowie zu verfügen, daß das Parlament die

Macht über die Provinz ausübt, wenn er der Meinung ist, daß 'eine Situation entstanden ist, in welcher die Provinzregierung in Übereinstimmung mit der Verfassung nicht weitergeführt werden kann...'. Nach Artikel 232 der Verfassung kann der Präsident den Notstand ausrufen, wenn er überzeugt davon ist, daß die Sicherheit des Landes oder einiger Gebiete durch Krieg, äußere Aggression oder innere Unruhen, die von der Provinzregierung nicht mehr kontrolliert werden können, bedroht ist." Nach der Verfassung von 1973 verfügte der Premierminister über diese Rechte und der damalige Premier Bhutto machte Gebrauch davon, indem er die Provinzregierungen von North West Frontier Province und Balutschistan auflöste. Beide Artikel, Art. 232 und 234 sind eigentlich das Erbe der Engländer, die sich durch ähnliche Artikel eine starke Zentralregierung sichern wollten. Bisher mochte keiner der bisherigen Herrscher, weder der "Volksführer" Bhutto noch der selbsternannte Verfechter des Islams, Zia-ul Haq auf dieses Erbe verzichten. Liberalisierung Seit der Abschaffung des Kriegsrechts im Dezember 1985 ist allerdings von diesen Notstandsgesetzen kein Gebrauch gemacht worden. Mit Ausnahme der staatlichen Medien bieten die Zeitungen und Verlage jetzt sogar kritische und objektive Informationen; politische Diskussionen, Foren, Versammlungen sind im allgemeinen erlaubt. Dazu meint der Vorsitzende von APNEC, (All Pakistan Newspapers Employees Council) Minhaj Burna: "Die Freiheit ist da. Im Vergleich zur Vergangenheit sind die Ausdrucks- und Bewegungsmöglichkeiten weitreichender, aber es stellt sich die Frage, wie lange dies noch erlaubt ist".

Durch die erwähnte "liberalere" Politik könnte der Eindruck entstehen, mit Pakistan gehe es jetzt bergauf. Theoretisch wäre dies auch möglich, aber alltägliche Meldungen wie die über Bombenanschläge in der Nord-Westprovinz, (dem Grenzland zu Afghanistan), mittlerweile auch im pakistanischen Teil der Punjab Provinz, blutige Auseinandersetzungen zwischen Mohajireen und Pashtooneen und die dauernde Stationierung von Polizei und Armee in weiten Teilen der südlichen Provinz Sind, zeigen, daß es noch keine Ruhe gibt. Der Unmut der Sindis, die sich benachteiligt fühlen, äußert sich in Form von spontanen Demonstrationen und Überfällen auf Banken und staatliche Institutionen, die von den Behörden als Aktivitäten von Räuberbanden dargestellt werden. Gleichzeitig hat sich die Lage an den Grenzen zu Afghanistan zugespitzt, wo bei Bombardements durch afghanische Kampfflugzeuge und durch Artillerieanschläge allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mehr als 300 Pakistanis und afghanische Flüchtlinge umgekommen sind.

Pakistan erlebt zur Zeit die schwierigsten Sicherheitsprobleme seiner Geschichte. Sie sind einerseits eine Folge der politischen und wirtschaftlichen Benachteiligung der drei kleineren Provinzen, andererseits hängen sie mit den radikalen politischen Veränderungen in den Nachbarländern Iran und Af-



Die Machtverteilung... (Präsident links, Premier rechts)

ghanistan zusammen. In letzter Zeit kam es verstärkt zu Vorwürfen Indiens, daß Pakistan in die Sikhproblematik in Indien verwickelt sei. Die Sowjetunion und Afghanistan beschuldigen Pakistan, daß es die amerikanischen Interessen im Golf und in Zentral- und Südasien fördere (Siddiq Baluch, A Baluch perception of things - Dawn Forum 18.5.87), und es zulasse, daß afghanische Widerstandskämpfer von pakistanischem Boden aus gegen Kabul operieren.

Religion und ethnische Gruppen

Da Pakistan im Namen des Islams entstand, hat die Religion von Anfang an das politische Bild stark geprägt. Von fast 100 Millionen Einwohnern sind etwa 95% Moslems, die die Gültigkeit und Wichtigkeit des Islams nie bezweifelt haben. Sie haben aber zugleich jenen religiösen Gruppen eine klare Absagen erteilt, die den Islam zum Instrument der Politik mißbrauchen wollten. "Immer wenn das Volk Pakistans die Gelegenheit bekam, lehnte es nachdrücklich religiöse Gruppen ab, die im Namen Pakistans sprachen. Niemals haben sie mehr als ein halbes Dutzend Repräsentanten im Parlament gehabt." (Dr. Afzal Iqbal).

Nach wie vor ist das Land von ethnischen und regionalen Unruhen geplagt, denn Pakistan ist ein Vielvölkerstaat, in dem verschiedene Nationalitäten wie Punjabis, Sindis, Balutschis, Pashtooneen und andere Ethnien leben, die jeweils eigene Sprachen, Sitten und Bräuche haben. Vor 1971 zählten auch die Bengalis (im heutigen Bangladesh) dazu, die allein fast 55 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Auch sie waren vorwiegend Moslems, aber ihre wirtschaftliche Ausbeutung durch die in Westbengalen herrschende Klasse, das Aufzwingen des zur Nationalsprache erklärten Urdu (das eigentlich nur von 8% der Bevölkerung gesprochen wird) und eine weitgehende Verweigerung der Ausübung politischer Macht drängten die religiöse Gemeinsamkeit in den Hinter-

grund und führten schließlich zur Teilung des Landes (siehe oben). Ein Ex-Minister, Diplomat und Experte des islamischen Rechts, A.K.Brohi schreibt dazu: "Letztlich bewies die Teilung des Landes, daß die religiösen Bindungen nicht ausreichen, um Menschen verschiedener Regionen und Provinzen mit verschiedenen Sprachen und Kulturen zusammenzuhalten." (Dawn-Forum, 19.5.87) Zur selben Problematik schreibt Sirajul Haque Memon, ein Novellist und ehemaliger Chefredakteur einer sindi-sprachigen Zeitung: "Die Lüge dabei war, daß Pakistan eine 'Islamische Nation' sei... in der die Menschen durch das Band der gemeinsamen Ideale und islamischer Bruderschaft verbunden seien... Im islamischen Staat Pakistan haßten die Bengalis die Westpakistanis, die sie generell Punjabis nannten. Auch die Sindis, Pathanen und Baluchen fühlten sich durch die Punjabis ausgebeutet. Die Punjabis wiederum sahen auf alle anderen

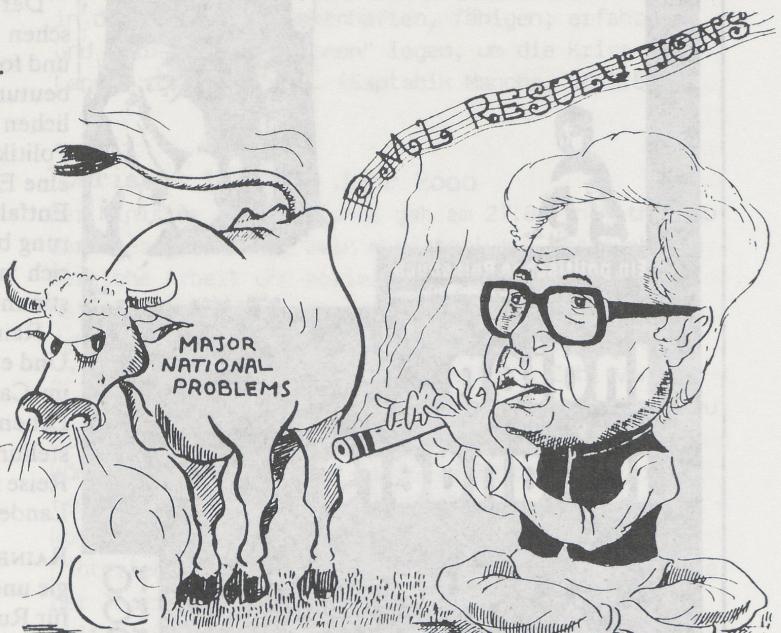
Mehr Macht für die Provinzregierungen

Nach den Bombenanschlägen, Straßenkämpfen und blutigen Auseinandersetzungen der letzten Wochen ist den Regierungen aller vier Provinzen mehr Macht zugeschilligt worden, um den Gewalttätigkeiten ein Ende zu bereiten. Es werden "Spezialgerichtshöfe" eingerichtet und die Provinzregierungen haben das Recht, jedes Vergehen, das ihrer Meinung nach gefährlich für die öffentliche Moral ist, das zu öffentlichen Exzessen geführt hat oder Panik hervorgerufen hat, zur gerichtlichen Untersuchung an diese "Spezialgerichtshöfe" zu verweisen. - Gegen ein Urteil des "spezialgerichtshofes" kann Brufung nur vom obersten Gericht eingelebt werden.

Bei einer Pressekonferenz gelang es dem Innen- und Justizminister nur schwer, den Eindruck zu widerlegen, daß dieser neue Erlaß gegen politische Gegner der Regierung benutzt werden könnte. Gefragt, wieso die Anordnung nicht auf spezielle Verbrechen, wie Terrorismus, Bandenunwesen und Kidnapping eingeschränkt wurde, antwortete der Minister, daß das Gesetz geschaffen wurde, um jeglicher Situation zu entsprechen.

herab und bezeichneten sie als weniger gute Moslems, als unpatriotisch, weil diese sich selbst als Bengalis, Sindis, Baluchis oder Pakhtoons sahen und soziökonomische, linguistische und kulturelle Rechte als gleichberechtigte Bürger des neuen Staates forderten. In Wahrheit ist das Land der Sindis an die zivilen und militärischen Bürokraten des Punjab verteilt und die Mineralfundstellen von Baluchistan an Geschäftsleute aus anderen Provinzen verpachtet worden,... die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen des Landes wurden in einer Weise aufgeteilt, die nur als skandalös zu bezeichnen sind... Unsere Frauen hat man unterdrückt und zur Sklavenarbeit verurteilt (von den Mullahs werden sie als die Höhle des Lasters bezeichnet!). Zwei Frauen gegen einen Mann als Zeugen vor Gericht, vier Frauen für einen Mann als Ehefrauen..." (Dawn Forum 25.5.87). Mit letzterem ist das neue Zeugengesetz

gemeint, wonach die Aussage einer Frau nicht ausreicht. Es müssen vielmehr zwei Frauen als Zeuginnen auftreten, um eine rechtsgültige Aussage machen zu können. Diese Regelung sorgte für große Unruhe unter den Frauen, die sich durch diese Rechtssprechung diskriminiert fühlten. Einen weiteren Beweis dafür, daß die gemeinsame Religion nicht unbedingt zu einem friedlichen Miteinander der verschiedenen ethnischen Gruppen beiträgt, lieferten die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Pashtothen (Bewohner der Nord-Westgrenzprovinz, die im Laufe der letzten vierzig Jahre aus wirtschaftlichen Gründen in die Zweimillionenstadt gekommen sind) und Mohajireen (Flüchtlinge aus Indien, die zur Zeit der Unabhängigkeit nach Pakistan emigrierten), die im Jahr 1986 in Karachi begannen. Innerhalb von drei Tagen fielen über 200 Menschen den gegenseitigen Brandstiftungen, Schüssen und organisierten Massakern zum Opfer, nachdem Polizei und Armeetruppen ein Handelsviertel der Pashtothen, Sohrab Goth, überfallen hatten. Die sogenannte "Operation clean up" zielte auf die Sicherstellung von illegalen Waffen und Drogen. Der Waffen und Drogenhandel ist vorwiegend in der Hand von Pashtothen. Abgesehen davon, ob diese Operation gerechtfertigt war (überall im Land florieren ähnliche Schmuggelmärkte), wird noch immer darüber diskutiert, wer eigentlich die Drahtzieher der regelrecht organisierten Brandstiftungen und des Massakers waren: die Regierung selbst, die Afghanen und einheimische Pashtothen, Sindi-nationalistische Bewegungen, oder irgendeine ausländische Macht, die eine Destabilisierung des Landes entgegenkäme. Zur gespannten Situation in der Provinz Sind - in der auch die 7 Millionenstadt Karachi liegt - schreibt die englischsprachige Monatszeitschrift "The Herald" in ihrer Ausgabe vom März 1987: "Die Politik des 'Teile und Herrsche' hat sich für die Provinz Sind als wirksamer erwiesen, als die Politik der Gewehre. Die bitteren Erfahrungen der 1983er Beweuna zur Wieder-



Die PLM (Pakistan Moslem League) hat viele Resolutionen zur Lösung der nationalen Probleme verabschiedet, aber...

herstellung der Demokratie, die sogenannten "Anti-Räuberbanden"-Aktionen (anti dacoit) auf dem Land und schließlich die Unruhen in Karachi haben vielleicht die Herrschenden dazu gezwungen, ihre Angriffsstrategie gegen die Volksbewegungen zu ändern...in der neuen Situation werden die poli-

Präsident Zia ul Haq zur Lage Pakistans

Der pakistanische Präsident General Zia ul Haq gab zu, daß sich sein Land in einer schwierigen Lage befindet. Er nannte drei Gründe für die aktuelle Welle von Anschlägen und Unruhen: Erstens seien die meisten seiner Landsleute nicht mit der Islamisierungstendenz der Regierung einverstanden. "Das ist der Preis, den wir dafür zahlen müssen." Zweitens hätten drei Millionen afghanischer Flüchtlinge Zuflucht in Pakistan gefunden. Während die Sowjetunion Zeit benötigt, um ihre Truppen zurückzuziehen, verschlechtere sich die Situation in Pakistan. Schließlich bezog er sich auf die politische Krise im Land: "Ich will nicht sagen, daß dies das Werk einiger politischer Parteien ist, aber ich kann das auch nicht ausschließen."

tischen Parteien, die eine nicht sektiererische Linie verfolgen und die ein einiges Pakistan zum Ziel haben, unterdrückt, während politische Gruppen, die regionale Interessen und die besonderen Gruppen und Schichten verfolgen, in ihrer politischen Arbeit unterstützt werden. Die nationalistischen Gruppen,

wie "Jiye Sind Movement" oder die "Sindhi-Baluch-Pashtoon Front" gewinnen an Boden in Sind. Andere Probleme, wie die Sprachenfrage, die Stärkung des 'Shariat' (islamische Gerichtsbarkeit) und der Kampf der verschiedenen Institutionen, die durch das Zia-Regime auf der Grundlage der 'Nicht-Parteiwahlen' von 1985 eingerichtet wurden, haben diesen Prozess noch intensiviert."

Forderung: Neuwahlen

Alle Oppositionsparteien verlangen angesichts der explosiven Lage des Landes Neuwahlen, weil sie nur in einer breiten Wahlbeteiligung die einzige Chance für nationale Versöhnung und Einigkeit sehen. Sie sind sich - wie die meisten Intellektuellen, Juristen, Sozialexperten und Journalisten - darüber einig, daß alle vier Provinzen sowohl ein Recht zur Förderung ihrer Sprachen und Kulturen haben als auch ihren gerechten Anteil am Sozialprodukt des Landes bekommen sollen. Ferner sollten sie in den Institutionen und im Militär relativ gleich vertreten sein und selber über regional-orientierte wirtschaftliche und politische Entscheidungen im Rahmen einer Föderation befinden.

Die Parteien weisen darauf hin, daß die separatistischen Tendenzen eher zunehmen, wenn die regionalen Sprachen, Kulturen und ethnischen Gruppen weiter unterdrückt werden.

Imtiaz Gul

Rainer Hörig



Ein politisches Reisebuch

Indien ist anders

AKTUELL
rororo

Zu diesem Buch

Anzeige

Bharat, der alte Hindi-Name für Indien, steht für die traditionelle Dorfgemeinschaft, in der Kleinbauern und Handwerker miteinander leben. Bharat bezeichnet auch das religiös geprägte Leben der an den Rand gedrängten Bevölkerungsgruppen.

Der englische Name India dagegen steht für das Indien der städtischen Mittel- und Oberschicht, schließt moderne Industrieprojekte und fortgeschrittene Technologie ein. India gegen Bharat ist die Ausbeutung des alten Indiens durch das moderne, des landwirtschaftlichen Sektors durch den industriellen, ist die Herrschaft korrupter Politiker und Bürokraten über traditionelle Solidargemeinschaften – eine Entwicklung, die den wohlhabenden Schichten Luxus und neue Entfaltungsmöglichkeiten beschert, einem großen Teil der Bevölkerung bittere Armut. Aber die an den Rand Gedrängten organisieren sich zunehmend im Widerstand gegen Vereidlung und Fremdbestimmung.

Rainer Hörig beschreibt diese Brennpunkte eines riesigen Landes. Und er schildert seine persönlichen Begegnungen: Die Mitreisenden im Calcutta-Express, der Besuch in einem Ureinwohner-Dorf, die Lebensgeschichte einer indischen Banditin lassen die gängigen Vorstellungen eines Europäers ins Wanken geraten. Dieses Buch ist eine Reise für all jene, die ein anderes Gesicht als das gängige Klischee des Landes kennenlernen wollen.

RAINER HÖRIG, geb. 1956, studierte Publizistik, Ethnologie, Indologie und Theaterwissenschaften in Berlin, arbeitet als freier Journalist für Rundfunk und Presse. Er ist während mehrerer Reisen etwa zwei Jahre in Indien gewesen.